

DIE ENTWICKLUNG DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Bundeswehr — Staat — Gesellschaft

Siebzehntes Cappenberger Gespräch der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft in Düsseldorf am 21. 1. 1981

Bericht von Rechtsanwalt Dr. Bernhard Stüer, Münster

Die Entwicklung in Afghanistan und Polen, die Ereignisse bei den öffentlichen Rekrutenvereidigungen und beim großen Zapfenstreich sowie die Diskussionen um die Tornado-Finanzierungslücke sind nur einige Beispiele für die gesteigerte Aufmerksamkeit, mit der eine interessierte Öffentlichkeit den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr begleitet. Abschreckung und Aufrüstung als Voraussetzung einer wirksamen Entspannung ist ein Gegensatz, für den nur die Logik des Schreckens Erklärungsversuche bietet. In diesem spannungsgeladenen Kräftefeld kann die Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag nur erfüllen, wenn eine gegenseitige Integration von Bundeswehr, Staat und Gesellschaft gelingt und dabei nach dem Grundsatz der Anerkennung von Eigengesetzlichkeiten und der gegenseitigen Rücksichtnahme verfahren wird. Diesem sehr aktuellen Themenbereich »Bundeswehr — Staat — Gesellschaft« widmete sich das 17. Cappenberger Gespräch der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e. V., das am 21. 1. 1981 unter Beteiligung zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und ranghoher Militärs in Düsseldorf stattfand.

In seiner Eröffnungsansprache gab der Präsident der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft, Dr. Hans-Günther Sobl, einen Überblick über Ziele und Aktivitäten der Gesellschaft, die sich seit ihrer Gründung im Jahre 1952 zur Aufgabe gestellt hat, Gesinnung und Gedanken des Freiherrn vom Stein wissenschaftlich zu pflegen und für die politischen und gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart fruchtbar zu machen. Die nach dem Alterssitz des Freiherrn vom Stein benannten Cappenberger Gespräche behandeln staatspolitische Themen, die zu seinem weitgespannten Wirkungskreis in Beziehung stehen.

Sobl wies bei seiner Einführung in das Thema auf die gegenüber der Bundeswehr in der Öffentlichkeit vielfach bestehende Gleichgültigkeit hin, in der ein Mangel an Einsatzbereitschaft für Staat und Gesellschaft zum Ausdruck komme. Bei aller Diskussion über verschiedene Formen der Selbstdarstellung der Bundeswehr dürfe nicht außer Betracht bleiben, daß »die Formen die Haut von Sachen und Personen« seien — wie es Prof. Dr. Günther Gillissen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ausgedrückt habe — und man deshalb die überkommenen Formen nicht ganz abstreifen dürfe.

Der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Josef Kürten, hob in seiner Begrüßungsansprache den hohen Stellenwert hervor, den die kommunale Selbstverwaltung im Wirken des Freiherrn vom Stein eingenommen habe.

Der Bundesratsminister des Landes NW, Dieter Haak, wies auf die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft hin. Die Bundeswehr sei kein Staat im Staate, sondern Teil der Regierungsgewalt, worin der Vorrang der politischen Führung zum Ausdruck komme. Ziel der Sicherheitspolitik sei die Friedenspolitik und damit die Freiheitssicherung, die nur durch die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis und durch ein Gleichgewicht der Kräfte in Ost und West gelingen könne. Die innere Verfassung der Bundeswehr gehe vom Soldaten als »Staatsbürger in Uniform« aus, von dem mitdenkender Gehorsam verlangt werde. Die staatsbürgerlichen Grundrechte seien nur insoweit eingeschränkt, als dies der militärische Auftrag erfordere und nach der Verfassung zulässig sei. Traditionspflege habe nur ihren Sinn, wenn sie ihre Antriebskraft nicht nur aus der Vergangenheit beziehe, sondern sich auch auf dem Prüfstand der Gegenwart bewähre.

In den sich anschließenden beiden glanzvollen Hauptvorträgen befaßte sich General a. D. Franz-Joseph Schulze, Bonn, mit

den strategisch-außenpolitischen Aspekten des Verhältnisses von Bundeswehr, Staat und Gesellschaft, während Generalleutnant a. D. Carl-Gero von Ilsemann, Ulm, die innenpolitischen Fragen des Themas behandelte.

In der Zeit ihres 25jährigen Bestehens habe die Bundeswehr — so erklärte Schulze — das Ziel verfolgt, der Erhaltung des Friedens in Freiheit als Grundbedingung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu dienen. Ein waffenloser Staat gleiche einem Vakuum, dessen außenpolitische Gegenkräfte zum Eindringen aufgefordert würden. Wegen des zu geringen Eigengewichts der westeuropäischen Staaten könne kollektive Sicherheit nur durch ein Demonstrativbündnis des Westens gegenüber dem Warschauer Pakt erreicht werden.

Unter der Zielvorstellung einer wirksamen Entspannung — so Schulze — habe das westliche Bündnis seit Ende der sechziger Jahre Vorleistungen durch eine zurückhaltende Rüstungsbegrenzung erbracht. Die Verkürzung des Wehretats in allen westlichen Ländern habe die Sowjetunion im letzten Jahrzehnt zu einer massiven Aufrüstung genutzt. Entspannung sei aber nur auf der Grundlage einer gesicherten Verteidigungsbereitschaft des Westens denkbar, wie sich aus den Rüstungsanstrengungen des Warschauer Paktes ergebe: Als Führungs- und Ordnungsmacht des Warschauer Paktes bediene sich die Sowjetunion des Militärbündnisses zur Durchsetzung kommunistisch-ideologischer Zielsetzungen. Die Entwicklung in Afghanistan sei ein Beispiel für die »dynamische Außenpolitik«, die eine Entspannung nur insoweit zulasse, als dadurch der aktive Kampf um nationale Befreiungsbewegungen im Sinne der Sowjetunion nicht behindert werde. Auf allen militärischen Ebenen habe der Ostblock in den letzten zehn Jahren erheblich aufgerüstet und dafür jährlich ca. 13–15 % des Bruttosozialproduktes aufgewandt. Verstärkung der Panzer in Ost- und Mitteleuropa um bis zu 100 %, Verdoppelung bis Verdreifachung der Reichweite der Kampfflugzeuge sowie Einführung der Mittelstreckenraketen vom System SS 20 seien nur einige Stichworte für den Ausbau des sowjetischen Rüstungspotentials, der mehr einer Kriegs- als einer Friedensproduktion gleiche. Die Gefahren aus dem Ostblock bestünden nicht nur an den Grenzen zur Deutschen Demokratischen Republik und an den Flanken des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, sondern zunehmend auch im Bereich der Länder der dritten Welt, besonders soweit sie für die Rohstoffversorgung der westlichen Welt von Bedeutung seien. Die Korrelation der Kräfte habe sich zugunsten der Sowjetunion verschoben und sie von einer kontinentalen Großmacht zu einer interkontinentalen Weltmacht aufsteigen lassen. Die Bedrohung müsse zwar nicht notwendigerweise einen Krieg auslösen, die Kriegsfurcht sei jedoch gestiegen: 43 % der Bevölkerung befürworteten deshalb eine stärkere Neutralität der Bundesrepublik, 3 % sogar eine engere Anlehnung an die Sowjetunion als an den Westen.

Angesichts der zunehmenden militärischen Präsenz des Ostens empfahl Schulze folgende Therapie: Ein Mittragen der Verteidigungslasten in Europa und eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um real mindestens 3 % seien unausweichlich. Die politischen Reihen der NATO müßten zu einem solidarischen gemeinsamen Handeln geschlossen werden. Einschränkungen des sportlichen und wirtschaftlichen Austausches zwischen Ost und West seien nur sinnvoll, wenn sie von der Bereitschaft zu gemeinsamen Opfern und zu einer ausgewogenen Lastenverteilung im atlantischen Bündnis getragen würden. Auf allen Ebenen der strategischen Kriegsführung müsse die Kräftebalance zwischen

Ost und West durch eine Nachrüstung des Westens wiederhergestellt werden. Nur durch Aufrüstung und die dadurch bewirkte Abschreckung könne eine Basis für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Entspannung geschaffen werden. Zu den Voraussetzungen für eine wirksame Verteidigungsbereitschaft gehört nach Auffassung von *Schulze* auch eine überseeische Verstärkung als Teil eines langfristigen Militärkonzeptes. Die Kapazitäten im Bereich der Luft- und Seehäfen, im Bereich von Straße, Schiene und Wasserwegen müßten verfügbar gemacht werden. Schließlich brauche die Bundeswehr die Unterstützung der Gesellschaft in der Demokratie. Der Westen müsse auf die wachsende Kriegsfurcht und die gewachsene Neigung zum Neutralismus in der Bevölkerung durch geschlossenes Handeln auch dort reagieren, wo sich die Interessen Europas und Nordamerikas nicht nahtlos decken. Vielleicht sei der Ausspruch von Präsident *Reagan* bei seiner Inauguration am 20. 1. 1981 zutreffend, daß für den Westen Stärke die einzige Chance sei, Macht nicht gebrauchen zu müssen.

Generalleutnant a. D. *Carl-Gero von Ilseman* beschäftigte sich mit den innenpolitischen Aspekten des Themas Bundeswehr – Staat – Gesellschaft. Nach Umfrageergebnissen sei das Vertrauen der Bundesbürger in den Staat ausgeprägt und das Ansehen der Bundeswehr sowie der »Staatsbürger in Uniform« – bei aller Kritik – gestiegen. Bundeswehr, Staat und Gesellschaft seien aufeinander angewiesen: Der Staat verfüge über die Bundeswehr, diese wiederum diene der Gesellschaft. Die Gesellschaft ihrerseits könne sich freiheitlich und demokratisch nur verwirklichen, wenn sie sich auf eine verteidigungsbereite Bundeswehr verlassen könne.

Die Bundeswehr verfolge ihren Friedensdienst auf der Grundlage der Wehrverfassung. Für den Ernstfall sei diese Basis allerdings nur tragfähig, wenn es gelinge, die Opfer- und Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung zu stärken. Die allgemeine Wehrpflicht müsse deshalb nicht nur aus finanziellen, personellen und sicherheitspolitischen Gründen, sondern auch wegen des gesellschaftspolitisch-ideellen Gesichtspunktes beibehalten werden, den Gedanken der Verteidigungsbereitschaft in der Bevölkerung wach zu halten. Die »Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht« durch die Möglichkeit einer Kriegsdienstverweigerung nach dem Motto »Postkarte genügt« habe das Bundesverfassungsgericht deshalb zu Recht für verfassungswidrig erklärt.

Der Friede kann – so erklärte *von Ilseman* – nur durch ein abgestuftes System der Abschreckung auf allen Ebenen der konventionellen und nuklearen Verteidigung erhalten werden. Die Versäumnisse auf dem Gebiet des Zivilschutzes müßten erkannt und durch verstärkte Schutzmaßnahmen behoben werden. Die innere Organisation der Bundeswehr müsse auf den Grundsätzen der rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie basieren. Die im Soldatengesetz niedergelegten Soldatenpflichten, unter denen Gehorsam, Tapferkeit und Wahrheitsliebe einen besonderen Rang einnehmen, seien verbindliche Richtschnur der Inneren Führung. Die Traditionspflege dürfe – bei aller Kritik an dem Ballast des Dritten Reiches – nicht jenen Demagogen überlassen bleiben, die in der Bundeswehr den Staat als Angriffszielscheibe treffen zu können glaubten.

Von Ilseman schloß mit einem Appell an die Verteidigungsbereitschaft von Bundeswehr, Staat und Gesellschaft. Wenn ein Volk nicht bereit sei, sein eigenes Heer zu unterhalten – so habe bereits Freiherr vom Stein bemerkt –, müsse es über kurz oder lang das seiner Gegner unterhalten.

In der sich anschließenden Diskussion, die von Prof. Dr. Günther *Gillessen*, Frankfurt, mit Umsicht und Sachkunde geleitet wurde, wies Dr. Dermot *Bradley*, Münster, auf die seiner Ansicht nach unzureichende Behandlung von Verteidigungs- und Sicherheitsfragen im Unterricht hin. Schulen und Hochschulen hätten es vielfach versäumt, die (militär-)geschichtlichen Bezüge zu verdeutlichen und politische Bildungsarbeit zu leisten.

Oberstleutnant *Dieter Zeigert*, Münster, befaßte sich mit dem Rollenverständnis des Wehrpflichtigen, der zwar die Notwendigkeit des Wehrdienstes durchweg einsehe, jedoch die finanzielle und soziale Gleichstellung mit Berufen in der zivilen Ar-

beitswelt vermisste. Insofern sei der Wehrpflichtige eher Zivilist als »Staatsbürger in Uniform«. Es gelte, den Beruf des Soldaten durch das Beispiel der Vorgesetzten attraktiv zu machen.

Ulrich *Ammon*, Vlotho, hob die wichtige Funktion von Familie und Umwelt für die Einstellung zur Bundeswehr hervor. Die Bundeswehr könne ihren Verteidigungsauftrag nur erfüllen, wenn durch eine flankierende Familien- und Gesellschaftspolitik der Gesamtrahmen dafür hergestellt sei.

General a. D. Ulrich *de Maizièrre*, Bonn, behandelte die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft. Die besonders intensive Inpflichtnahme der Soldaten bringe die Bundeswehr in einen gewissen Gegensatz zur Gesellschaft. Der Militärdienst sei durch ein Über- und Unterordnungsverhältnis gekennzeichnet, gemeinschaftsbezogen und nicht primär auf Lohn und Erwerb gerichtet. Die persönlichen Rechte der Soldaten seien gegenüber anderen Staatsbürgern eingeschränkt. Von ihnen werde Tapferkeit bis zum Einsatz von Gesundheit und Leben gefordert. Es sei Aufgabe der Gesellschaft, durch Toleranz und Rücksichtnahme auf diese funktionsbedingten Besonderheiten der Bundeswehr sich einer gegenseitigen Integration zu öffnen.

Brigadegeneral *Dieter Clauß*, Koblenz, erläuterte Grundsätze der Inneren Führung für die Integration der Soldaten in die Bundeswehr. Rechte und Pflichten der Soldaten seien in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Bei aller Anerkennung von gegenseitigen Verpflichtungen müsse die politische Führung Vorrang vor der militärischen Führung behalten. Der Dienst im Frieden müsse sich an den Realitäten des Krieges orientieren. Der Vorgesetzte habe durch eigenes Beispiel und durch Berücksichtigung der Belange, der Ausbildung, Bildung und Erziehung seiner Untergebenen bei der Auftragserteilung Verantwortungsbereitschaft und Gemeinsinn zu stärken. Bewährte soldatische Tugenden und Traditionen seien – bei aller Offenheit für den politischen, technischen und ökonomischen Wandel – zu übernehmen und weiterzugeben.

Prof. Dr. Hans-Adolf *Jacobsen*, Bonn, wies auf den Widerspruch im Auftrag an die Soldaten hin, zugleich kämpfen zu lernen und den Krieg zu verhindern. Militärische Tradition dürfe mit Rücksicht auf die Geschehnisse im Dritten Reich nur mit Vorbehalten übernommen werden.

Nach Auffassung von Prof. Dr. Klaus *von Schubert*, München, stehe die Bundeswehr an der Schwelle zu einer Legitimationskrise. Staat und Gesellschaft seien angesichts der geringeren personellen, sachlichen und finanziellen Ressourcen aufgerufen, das sicherheitspolitische Verständnis der Bundeswehr durch verlässliche politische und gesellschaftliche Vorgaben zu stärken. Die Bundeswehr habe in ihrer 25jährigen Geschichte bereits einen eigenen Traditionsbestand, und es gehöre vielleicht zur Normalität, daß ihr gegenüber keine Begeisterung aufkomme.

Prof. Dr. Eberhard *Laux*, Düsseldorf, der die Erörterungen schloß, warnte vor »intellektuellen Glanzleistungen« bei der Ausbildung der jungen Generation. Die verwaltungswissenschaftlichen Erfahrungen der letzten 15 Jahre hätten gezeigt, daß es weniger auf hochgezüchtete Theoriegebäude als auf eine Ausbildung nach den Grundsätzen der praktischen Vernunft ankomme.

Zum Abschluß der Tagung gab der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf für die Teilnehmer einen Empfang im Silbersaal der Rheinterrasse. Die Beiträge zu diesem Cappenberg-Gespräch werden – wie es bereits einer guten Tradition entspricht – im Grote-Verlag, Köln/Berlin, erscheinen.

Der Ertrag der Veranstaltung bestand vor allem in der Diagnose der Schwachstellen, die im Verhältnis zwischen Bundeswehr, Staat und Gesellschaft trotz der geleisteten Integrationsarbeit noch bestehen. Aber auch für die notwendige Therapie zur Verbesserung dieses Verhältnisses, die von einem größeren Verständnis, gegenseitiger Rücksichtnahme auf die jeweiligen Eigengesetzlichkeiten von Bundeswehr, Staat und Gesellschaft und dem Bemühen um stärkere wechselseitige Integration ihren Ausgangspunkt nehmen muß, brachte die Tagung reichhaltigen Gewinn.